

Brigitte Schiffel  
-Landesverbandsvorsitzende-  
Landesverband der Freiwilligen Feuerwehren Berlins e.V.  
Voltairestr. 2  
10179 Berlin  
Mail [vorsitzender@lvff-berlin.de](mailto:vorsitzender@lvff-berlin.de)

**Landesvorstand Berlin**  
Kleine Alexanderstraße 28  
10178 Berlin  
Telefon +49 30/24 00 92 89  
Telefax +49 30/24 00 92 60  
[info@die-linke-berlin.de](mailto:info@die-linke-berlin.de)  
[www.die-linke-berlin.de](http://www.die-linke-berlin.de)  
Berliner Bank AG  
Konto-Nr. 43 84 81 68 00  
BLZ 100 200 00  
Spendenkonto-Nr. 43 84 81 68 03

**Betr.: Ihr Schreiben vom 31. August 2011**

08.09.2011

Sehr geehrte Frau Schiffel,

mit Schreiben vom 31. August 2011 haben Sie sich an den Fraktionsvorsitzenden der Fraktion Die Linke im Berliner Abgeordnetenhaus, Udo Wolf aus Anlass der Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin am 18. September 2011 mit der Bitte um Beantwortung Ihrer Fragen in den übersandten Wahlprüfsteinen gewandt.

Hierzu möchten wir Ihnen in Namen des Berliner Landesverbandes der Partei DIE LINKE antworten. Unsere Antworten auf die gestellten Fragen finden sie in der Anlage auf den nächsten Seiten.

Mit freundlichen Grüßen,

Thomas Barthel  
Mitarbeiter des Landesvorstands

## **Wahlprüfsteine des Landesverbandes der Freiwilligen Feuerwehren Berlins e. V.**

Vorweg möchten wir Ihnen mitteilen, dass die Partei DIE LINKE die Arbeit der Freiwilligen Feuerwehren wertschätzt und als einen unverzichtbaren Bestandteil für die Sicherung des Brandschutzes im Land Berlin ansieht. Wir würden es begrüßen, wenn der Austausch zwischen den Freiwilligen Feuerwehren und der Berliner Landespolitik in Zukunft intensiviert würde. Die Anhörung im Innenausschuss des Abgeordnetenhauses am 28. März 2011 war hierzu ein guter Anfang.

Zu den von Ihnen angesprochenen Fragestellungen nehmen wir wie folgt Stellung.

### *1. Förderung des Ehrenamts*

DIE LINKE setzt sich dafür ein, freiwilliges bürgerschaftliches Engagement noch mehr zu fördern und anzuerkennen. Dies gilt uneingeschränkt auch für die ehrenamtlich Tätigen in den Freiwilligen Feuerwehren. Über die Schritte, die bislang eingeleitet wurden und über künftige Ziele informiert Sie das beigelegte Positionspapier „Bürgerschaftliches Engagement“.

Darüber hinaus möchten wir darauf hinweisen, dass die Ehrenamtlichen der Freiwilligen Feuerwehren in Berlin, anders als in vielen anderen Bundesländern, eine Aufwandsentschädigung erhalten. Daran möchten wir auch in Zukunft festhalten und, wenn es die Haushaltslage zulässt, auch eine Erhöhung prüfen.

Ebenso hat DIE LINKE es unterstützt, dass die nötigen Mittel bereitgestellt wurden, um die Freiwilligen Feuerwehren parallel zu den Berufsfeuerwehren (und nicht erst später) mit neuer, moderner Schutzkleidung auszustatten. So konnte eine Gleichbehandlung von Berufs- und Freiwilligen Feuerwehren erreicht werden.

### *2. Brandbrief an die Behördenleitung*

In der Tat ist die Kontrolle von Verwaltungshandeln eine wichtige Aufgabe des Parlaments. Gleichzeitig ist bekanntermaßen die Politik nur sehr bedingt in Verwaltungsabläufe einbezogen, so dass etwa Hinweise der Berufsverbände für uns sehr hilfreich sind. Wie in der Vorbemerkung erwähnt, wäre ein stärkerer Austausch zwischen den direkt Betroffenen und den Landespolitikerinnen und –politikern hilfreich, um schneller und besser auf etwaige Missstände zu reagieren. Dies sollten nicht nur durch Anhörungen im Innenausschuss geschehen. Wir möchten Sie ausdrücklich ermuntern, wann immer Sie konkrete Anliegen haben, mit den Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE in Kontakt zu treten und sich über mögliche Verbesserungen auszutauschen.

### *3. Einsatzkonzept 2006 (EK 06)*

Grundsätzlich ist das Prinzip des EK 06, nach Möglichkeit das am schnellsten eintreffende Fahrzeug an den Einsatzort zu schicken, aus unserer Sicht sinnvoll. Die Entwicklung bezüglich der Einhaltung der Schutzziele, die wir uns im Land Berlin gesetzt haben, ist auf einem guten Weg. Allerdings sind wir noch nicht am Ziel. Es ist zu begrüßen, dass mittlerweile auf die vorgebrachten Missstände bei der Neuberechnung der Ausrückfolge im Zuge des EK 06 reagiert und es angepasst wurde. Aus Sicht der LINKEN ist allerdings für die Erarbeitung von Einsatzkonzepten die frühzeitige Einbindung der Vertreter der Freiwilligen Feuerwehren unerlässlich. Denn schließlich sind auch sie Teil des Einsatzkonzeptes. Wir werden uns dafür einsetzen, dass bei künftigen Veränderungen des Einsatzkonzeptes eine frühe und umfassende Beteiligung erfolgt.

### *4. Aus- und Fortbildung/Förderung der Arbeitgeber*

Wir sind der Ansicht, dass hinsichtlich der Förderung des Ehrenamtes und den damit verbundenen Anforderungen (z.B. Lehrgänge, zeitliche Flexibilität) auch die Arbeitgeber in der Verantwortung sind. Es steht allerdings nicht in der Macht einer Landesregierung, die Arbeitgeber in dieser Hinsicht zu bestimmten Erleichterungen zu verpflichten. DIE LINKE unterstützt dennoch eine vielfältige Anerkennungskultur etwa durch die Auslobung von Preisen oder anderen Formen von Honorierung besonderer Leistungen sowohl für die Arbeitgeber als auch für die ehrenamtlich Tätigen selbst.

Für die Aus- und Fortbildung muss die Feuerweherschule mit ausreichenden personellen und sachlichen Mitteln ausgestattet sein. Hier wollen wir auf eine Verbesserung hinarbeiten. Wir wissen allerdings auch, dass angesichts der Haushaltslage keine großen Sprünge möglich sind.

### *5. Zustand der Dienstgebäude*

In die Dienstgebäude sowohl der Freiwilligen als auch der Berufsfeuerwehr wird trotz der angespannten Haushaltslage investiert, so etwa mit einem Neubau für die FF Gatow oder auch die neue Wache für die Berufsfeuerwehr in Pankow. Wir müssen auch in der kommenden Legislaturperiode an der baulichen Verbesserung der Dienstgebäude arbeiten.

In Pankow ist es dringend geboten, das marode Gebäude aus dem 19. Jahrhundert zu ersetzen. Der neue Standort ist aus unserer Sicht eine Verbesserung hinsichtlich der künftigen Eintreffzeiten. Dass die Verkürzung der durchschnittlichen Eintreffzeiten bei der Standortplanung Priorität hat, wird niemand bestreiten. In dieser Hinsicht bietet der geplante Standort des Neubaus durchaus Vorteile. Was der Behördenleitung und der Innenverwaltung allerdings abverlangt werden kann und muss, ist, dass man sich frühzeitig mit den Beteiligten zusammensetzt und klärt, wie ein Bedeutungsverlust der Freiwilligen Feuerwehren vermieden werden kann. Die Fraktion DIE LINKE in Pankow hat deshalb einen Antrag in die Bezirksverordnetenversammlung eingebracht, in dem gefordert wird, dass das Bezirksamt und die Innenverwaltung gemeinsam auf eine Stärkung der Freiwilligen Feuerwehren des Bezirks hinarbeiten.